

**Ehrung von
Rosa und Karl**

Sonntag, 15. Januar, 9 Uhr,
Gedenkstätte der Sozialisten,
Friedrichsfelde



● Christina Emmrich im Gespräch
mit Bürgern auf dem Lichtenmark
am Rathaus

Foto: Dörte Becker

Alle Neune

„info links“ hat es 2011 auf neun Ausgaben gebracht. (Im September war ihr Inhalt Bestandteil der Wahlzeitung der Berliner LINKEN.) Die Redaktion dankt den über 50 Text- und Bild-Autoren, die am Zustandekommen der Zeitung mitgewirkt haben. Sie dankt vor allem den vielen fleißigen Sortierern und Verteilern, denn ohne deren steter Einsatz wäre „info links“ nicht an die Leser gekommen und alle Mühe vergeblich gewesen. Dank gebührt auch allen, die für „info links“ gespendet haben. Ihr Beitrag hat geholfen, auch in diesem Jahr die kostenlose Verteilung zu sichern!

2012 sollen wieder zehn Ausgaben erscheinen, und zwar – abweichend vom bisher Gewohnten – in der Regel am 2. Donnerstag des Monats. Das wird es der Redaktion erlauben, der Arbeit der BVV und ihrer Ausschüsse sowie dem Wirken unserer Verordneter mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

„info links“ möchte künftig stärker über die Wahlkreisarbeit unserer Abgeordneten und BVV-Mitglieder berichten und Schwerpunkte und Probleme der Arbeit der Basisorganisationen in den Kiezen, in Vereinen und Verbänden beleuchten. Dazu brauchen wir die Ideen und die Mitarbeit möglichst vieler Genossen und aller, die sich mit uns verbunden fühlen. Und auch ihre Kritik; denn nur dann können wir besser werden und unserer Aufgabe gerecht werden, Spiegel und Kompass linker Kommunalpolitik im Bezirk zu sein.

Dank solider linker Kommunalpolitik entwickelt sich Lichtenberg dynamisch und zieht immer mehr Menschen an. Darüber und über die damit verbundenen Probleme möchten wir berichten. Wir rechnen mit Ihrer Unterstützung!

Frohe Feiertage und ein gesundes Neues Jahr wünscht die „info links“-Redaktion.

Liebe Leserinnen und Leser

Das Jahr 2011 geht zu Ende. Natürlich bewertet jeder von Ihnen den Verlauf unterschiedlich, weil die eigene Situation immer das Entscheidende dabei ist.

Sie werden die gute Entwicklung des Bezirks wahrgenommen haben, die sich vor allem in der Sanierung kommunaler Einrichtungen, der Schaffung neuer Grünanlagen, der Ansiedlung von Unternehmen widerspiegelt. Das Beeindruckendste ist und bleibt aber die große Bereitschaft vieler Lichtenberger, sich für das Gemeinwohl zu engagieren.

Insbesondere die Beteiligung am Bürgerhaushalt (rund 10500) und die Nutzung der Kiezfonds zeigen, dass aktives Mitwirken gefragt ist und genutzt wird. Mein neues Ressort ist gut geeignet, die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen (Gestaltung von Spielplätzen, Jugendjurs, Beteiligung am Bürgerhaushalt) weiter zu fördern.

An oberster Stelle steht im kommenden Jahr die Schaffung von Kitaplätzen, damit

Kinder sich gut entwickeln und ihre Eltern berufstätig sein können.

Junge Familien brauchen unsere besondere Unterstützung durch konkrete, auf sie zugeschnittene Angebote.

Die kulturelle Bildung für Kinder- und Jugendliche liegt mir sehr am Herzen. Erfahrungen der letzten beiden Jahre zeigen, dass Projekte wie zum Beispiel die „Kinderoper“ für die Entwicklung der Kinder eine herausragende Rolle spielen. Durch sie werden aber auch die Eltern einbezogen und somit Familien stabilisiert.

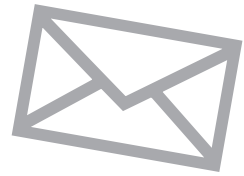
Alle Altersgruppen brauchen ein funktionierendes Gesundheitswesen mit einem starken öffentlichen Gesundheitsdienst. Die ärztliche Versorgung in der Nähe der Wohnung bleibt dabei ein wichtiges Anliegen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2012.

Christina Emmrich,
Bezirksstadträtin für Jugend und Gesundheit

In dieser Ausgabe

- Leserpost (Seite 2)
- Das Parteiprogramm ist beschlossen – wie weiter? (Seite 3)
- Die Piratenpartei in der BVV (Seite 4)
- S-Bahn auf falschem Gleis (Seite 6)
- „Unser Amerika“ und DIE LINKE (Seite 7)



Senioren haben gewählt

Hätten alle über 60-jährigen Mitglieder der Lichtenberger LINKEN an der Wahl zur Seniorenvertretung des Bezirkes teilgenommen, wäre wohl noch eine bessere Beteiligung als die Verdoppelung gegenüber 2006 auf 757 Teilnehmende möglich gewesen. Aber sei's drum, ich habe in den fünf Wahllokalen viele bekannte Gesichter gesehen.

Die dreizehn Kandidaten wurden mit mehr als 550 Stimmen bestätigt. Sie werden nun vom Bezirksamt in ihre Funktion berufen und sich drei Hauptthemen widmen:

- der Sicherung der sozialen Infrastruktur,
- der qualitativen Weiterentwicklung der Pflegeleistungen in den Facheinrichtungen und
- der Erfüllung der wachsenden Wünsche der älteren Generation, in den gewohnten vier Wänden alt werden zu dürfen.

Darüber hinaus gibt es natürlich noch andere wichtige Themen. Die gewählten Frauen und Männer wollen sich für die Interessen der älteren Generation im Zusammenwirken mit allen gesellschaftlichen Kräften einsetzen. Was sie heute für die angesprochene Altersgruppe tun, soll nachhaltig auch für die Nachwachsenden wirken.

Jürgen Steinbrück,
Seniorenvertretung Lichtenberg



Foto: Jürgen Steinbrück

Leserbriefe

Moral?

● Zu „info links“, Ausgabe 8, Seite 2: Zählgemeinschaft? Welch ein harmloser Name für ein Instrument zur Manipulation des Wählerwillens! Da tun sich machtversessene Kommunalpolitiker zusammen, um die gewählte Mehrheit im Bezirk daran zu hindern, ihre Rechte auszuüben! Ein solcher Pakt ist zwar legal, wird aber dadurch nicht demokratischer. Von Moral ganz zu schweigen ...

Ralf Berger

Freibeuter

... Nun weiß ich es: Lichtenberg hat nicht nur „Piraten“, sondern auch „Freibeuter“ mit Kaperbrief, den sie verschämt „Vereinbarung über kommunalpolitische Zusammenarbeit“ (Zählgemeinschaft) nennen. Jetzt haben sie sogar die Macht an sich gerissen. O tempora, o mores! ...

D. Laskin

Distanzierung? Fehlanzeige

Die Zählgemeinschaft hat es vollbracht! Herr Geisel ist Bürgermeister. Nur, wie geht Herr Geisel mit der Tatsache um, dass die NPD bei seiner Wahl klatschend in die Höhe sprang? Herr Geisel hat in der BVV nichts dazu gesagt. Auch danach wurde mir nichts bekannt. Ist es nicht beschämend und peinlich zugleich, wenn sich ein SPD-Bürgermeister so indifferent verhält? Seine Vorgängerin Christina Emmrich machte als Bürgermeisterin immer

deutlich, dass die NPD menschenverachtend und ausländerfeindlich ist.

Der nun sichtbar gewordene rechte Terror fordert von allen Demokraten einen größeren Einsatz gegen diese Brut. Versammeln wir uns, unterstützen wir durch unser Auftreten die Aktionen gegen rechtspopulistische Parteien!

Marie Müllomer, Hohenschönhausen

Warum glaubte man uns nicht?

Häufig ist zu hören, dass unsere kritische Haltung zum Wasser-Volksentscheid ein schwerer Fehler gewesen sei. Nach dem erfolgreichen Volksentscheid ist nun auch die letzte Zeile der Geheimverträge öffentlich, und niemand hat seitdem irgendetwas gefunden, was noch nicht bekannt war. Unsere Argumentation – und auch meine in dieser Zeitung –, dass bereits vor dem Volksentscheid alles Wesentliche veröffentlicht worden war, hat sich als völlig richtig erwiesen. Der Wassertisch hat hingegen mit haltlosen Verdächtigungen argumentiert und unbegründetes Misstrauen geschürt, wie sich nun herausstellt. Natürlich müssen wir selbstkritisch darüber nachdenken, warum man uns – auch innerhalb unserer Partei – nicht geglaubt hat. Aber wie man angesichts der nunmehr offensichtlichen Realitäten immer noch meinen kann, dass unsere Gegenargumentation ein Fehler und dass – im Umkehrschluss – es richtig gewesen wäre, wider besseres Wissen an den haltlosen Verdächtigungen mitzutun, verschließt sich mir völlig.

Peter-Rudolf Zotl

KOMMENTIERT

Berliner Humor?

Die rot-schwarze Koalition hat sich geoutet, Berlin hat ein neues Regierungsprogramm. „Reich und sexy!“ ist die zentrale Botschaft des Koalitionsvertrages. Doch was nach Berliner Humor klingt, entpuppt sich immer mehr als Drohung.

Denn wie soll das gehen, reich und sexy in unserer armen Stadt? Dass alle reich werden, wenn es der Wirtschaft gut geht, ist schon lange ein Ammenmärchen. Bleibt Variante B: Reich scheinen durch die Verdrängung von Armut. Also Vertreibung und Ghettoisierung der Ärmern, Vernachlässigung sozial Bedürftiger, Repression gegen alles, was dabei stört. Und so stehen die Signale des Koalitionsfahrplans folgerichtig für viele bisherige und wichtige Projekte im Sozial-, Bildungs- und Umweltbereich auf Halt. Wo aber ein züliges Weiter und auch ein Besser erforderlich sind, bedeutet Stillstand eine fatale Zutat zum Roll-back in der Sozial-, Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik.

Davor hatten wir LINKE gewarnt, viele – auch nicht wenige von uns – haben's nicht geglaubt. Nun wird kommen, wovor wir warnten. Freilich müssen wir jetzt den Protest unterstützen, selbst organisieren und versuchen, Schlimmstes zu verhindern; der sichere Weg wäre gewesen, uns am 18. September die Stimme zu geben.

Es ist zu spät, aber wer jetzt immer noch glaubt, dass DIE LINKE unter Rot-Rot nur „Wurmfortsatz der SPD“ war, sollte gut hinschauen, was der Stadt nun alles fehlen wird, weil es von SPD und CDU angehalten, auf Eis gelegt oder gestrichen worden ist. Dabei ist der Koalitionsvertrag quasi nur die „Höhere-Töchtertschul-Fassung“ einer gigantischen Rolle rückwärts.

Manche von uns hatten an DIE LINKE in der Regierung den Maßstab „Alles oder nichts!“ angelegt. Und da nicht alles erreicht werden konnte, so die Pseudologik einer solchen „Messlatte“, war eben alles nichts. Mit dieser kruden Legitimation gingen sie nicht wählen, warben sie für Wahlverweigerung und deuteten unseren Absturz zur neuen Chance um, endlich wieder Revolution mit drei R zu schreiben. Schon der Koalitionsvertrag zeigt, wie politisch verhängnisvoll das ist. Für die LINKE ohnehin, aber noch mehr für Berlin.

Peter-Rudolf Zotl

Programm beschlossen – wie weiter?



Foto: DIE LINKE

600 Wortmeldungen zum Programmewurf und nochmals rund 1400 Änderungsanträge zum Leit Antrag erreichten die Redaktions- und die Antragskommission. Der „Spiegel“ frohlockte am Vorabend des Parteitages, dass „mehr als 1300 Änderungsanträge zeigen: Die Genossen sind in vielen Fragen völlig zerstritten. Auf dem Parteitag droht die Zerreißprobe.“ Daraus wurde nichts.

Das Gegenteil trat ein. Mit 96,9 Prozent wurde das Programm angenommen. Damit signalisiert DIE LINKE Geschlossenheit und die Absicht, inhaltlich gestärkt und offensiv in die politischen Auseinandersetzungen einzugreifen. Das Grundsatzprogramm liegt gegenwärtig allen Mitgliedern zur Urabstimmung vor.

Die Mitglieder der Partei bewusst in die Erarbeitung des neuen Programms einzubeziehen war gewollt. Das Programm sollte nicht von oben vorgegeben, sondern im wahrsten Sinne des Wortes gemeinsam erstritten werden. So gab es neben Zustimmung auch rege inhaltliche Auseinandersetzungen. Schließlich gelang es, unterschiedliche Positionen zusammenzuführen und sich auf Grundsätzliches zu einigen – auch durch Kompromisse, ohne die eine pluralistische Partei wie DIE LINKE mit ihren Strömungen und Zusammenschlüssen nicht handlungsfähig wäre. Kompromisse wurden unter anderem zur Bedeutung des Verhältnisses von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit und in der Frage der Regierungsbeteiligung gefunden.

Auf dem Programmarteitag in Erfurt demonstrierte DIE LINKE Geschlossenheit.

Manches wird weiter diskutiert

Die Auffassungen zu einem bedingungslosen Grundeinkommen wurden nicht einfach abgelehnt, sondern sollen weiter diskutiert werden. Die Erkenntnis, dass es sich beim öffentlich geförderten Beschäftigungssektor um ein realistisches linkes Alternativprojekt zur vorherrschenden Arbeitsmarktpolitik handelt, konnte sich ebenfalls nicht durchsetzen. Auch darüber soll weiter diskutiert werden.

Der gegenwärtige Kapitalismus wird analysiert, die Ursachen der Finanzkrise, die in Wirklichkeit eine gesamtgesellschaftliche Krise ist, werden aufgedeckt und jene Kräfte benannt, die die Verantwortung für diese Entwicklungen tragen. Die Beschreibung dieser Zustände trifft sich mit dem, was viele Menschen gegenwärtig erleben.

Etwas unterbelichtet bleibt das Aufzeigen jener sich in der Krise herausbildenden Chancen, die linke Politik aufgreifen muss, um alternative Entwicklungen einzuleiten und dafür die Menschen zu gewinnen. Zum Wesen des Kapitalismus gehört nicht nur der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, sondern ebenso die Vorherrschaft des Patriarchats. Das merkten kritisch vor allem die Zusammenschlüsse der Frauen an. Sie forderten, im Programm durchgehend eine emanzipatorisch-feministische Sicht gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse.

Eigentumsfrage ist entscheidend

Demokratischer Sozialismus als grundlegende Handlungsorientierung ist im Programm eindeutig verankert. Was jedoch darunter zu verstehen ist, dazu gab es recht unterschiedliche Auffassungen. Er wird als Ziel, Wertesystem und als ein transformatorischer Prozess bestimmt. „Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein. Demokratischer Sozialismus ist immer auch eine demokratische Bewegung zur Befreiung der Menschen von jeglichen Unterdrückungsverhältnissen.“ Somit wird auf ein konkretes Handeln für sozialistische Ziele orientiert, das im Hier und Heute ansetzt und darauf gerichtet ist, alle Verhältnisse zu überwinden, in denen der Mensch ein ausgebeutetes, unterdrücktes und geächtetes Wesen ist.

Gesellschaftliche Veränderungen sind nicht zu erreichen ohne grundlegend geänderte Eigentumsverhältnisse. Unsere Partei strebt eine solidarische Wirtschaftsordnung an – in ihr haben verschiedene Eigentumsformen ihren Platz: „Staatliche und kommunale, gesellschaftliche und private, genossenschaftliche und andere Formen des Eigentums“. DIE LINKE fordert mehr öffentliches Eigentum in verschiedenen Formen, wobei Verstaatlichung allein nicht zum Erfolg führen wird, wie die bitteren Erfahrungen im Staatssozialismus gezeigt haben. Notwendig ist der konkrete Einfluss der Belegschaften auf die Verfügung über Eigentum durch mehr Mitsprache- und Entscheidungsrechte, mehr Transparenz und Kontrolle.

Mit dem Beschluss des neuen Programms sind die innerparteilichen Differenzen natürlich nicht überwunden. Die Debatte wird weitergehen. In der praktischen Politik wird sich zeigen müssen, inwieweit die Kompromisse hilfreich sind, damit Programm und Politik der LINKEN wirklich die „innere Welt“ der Menschen erreichen. Dazu bedarf es einer gründlichen Strategiedebatte. *Dr. Bernd Ihme*

**Deine Stimme
für unser Parteiprogramm!
Mitgliederentscheid 2011**

Abstimmen bis zum 15. Dezember
Informationen unter
Telefon: 030/240 09 237
Fax: 030/240 09 777
mitgliederentscheid@die-linke.de



Neu, aber keine Exoten

„info links“ befragte Steffen Bornfleth, „Chef-Pirat“ in der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung. Der ausführliche Text kann auf der Internetseite der Fraktion der LINKEN in der BVV nachgelesen werden. Die Fragen stellte Joachim Pampel.

● **Was hat Sie bewogen, sich in der Politik zu engagieren und warum gerade bei den Piraten und in keiner der „etablierten“ Parteien?**

● Ich bin eher zufällig in die Politik gerutscht. Eine wirkliche Planung dazu gab es nie. Politisch interessiert war ich schon immer und war jedesmal enttäuscht, wenn vor den Wahlen etwas anderes gesagt als nach der Wahl gemacht wurde. Ansichten, wie sie die Piraten verfolgen, hatte ich schon sehr lange, gerade im Sinne von Transparenz, Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und echter regelmäßiger Bürgerbeteiligung. Es fehlte dazu jedoch immer die passende Partei für mich.

Ich sehe mich nicht in einer kleinen Partei, die sich auf Kommunal- oder Landespolitik begrenzt, sondern als Teil einer internationalen Bewegung, die gegen die Einengung von Bürgerrechten, übertriebene Datensammelwut und Überwachung kämpft, neue Arten der Kommunikation, Bürgerbeteiligung und veränderte gesellschaftliche Bedingungen wahrnimmt, anerkennt und umsetzt. Viele etablierte Parteien sind mittlerweile nur noch

Handlanger von Lobbyisten ... Ich fühle mich bei Gesprächen mit Vertretern anderer Parteien oft unwohl, weil ich immer wieder erkenne, wie festgefahren die Strukturen, Ansichten oder Abläufe in der politischen Arbeit dort sind ... Pöstchengeschacher vor Allgemeinwohl – ich erlebe es mittlerweile hautnah in meiner BVV-Arbeit. Ich bin daher Pirat aus tiefster Überzeugung und finde im Moment keine Alternative dazu.

● **Wie fühlen Sie sich in der BVV aufgenommen?**

● Wir sind immer noch dabei, unseren Platz in der BVV zu finden. Es gibt bei uns noch Unsicherheiten und gewisse Startschwierigkeiten. Wir nehmen jede Unterstützung dankbar an ... Zu unserer BVV-Mitarbeit kann ich sagen: Wir belesen uns zurzeit sehr viel und dringen langsam in die rechtlichen Grundlagen der BVV-Arbeit vor. So viel Papier sind wir nicht gewöhnt, da bei uns quasi alles elektronisch abrufbar ist. Wir sind nicht mit allem einverstanden und werden dort sicher auch Vorschläge zur Änderung, z. B. der Geschäftsordnung, unterbreiten. Es gab mittlerweile mit allen Fraktionen mindestens ein Treffen ... DIE LINKEN in der BVV sitzen direkt neben uns, es gab schon erste zaghafte Kontakte; Berührungspunkte sind deutlich abgebaut. Wir sind zwar neu, jedoch keine Exoten, sondern Berliner mit Herz und Verstand.

● **Auf welchen kommunalpolitischen Feldern wollen Sie aktiv werden?**

● Ich muss zunächst schmunzeln, weil plötzlich scheinbar alle Fraktionen die Übertragung der BVV Sitzungen haben wollen. Warum gibt es dieses dann noch nicht? ... Ausschuss-

arbeit muss deutlich transparenter werden. Im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, ein Kind der LINKEN, wurde uns der Vorsitz anvertraut. Wir wissen, dass sich DIE LINKEN nur schwer vom Ausschussvorsitz getrennt haben und bedanken uns dafür nochmal ganz besonders. Gerade hier werden wir uns engagieren, Bürger als Souverän in die Arbeit einzubeziehen.

Bezirksamt gewählt

Eine Zählgemeinschaft von SPD, CDU und Grünen wählte Anfang November erwartungsgemäß Andreas Geisel (SPD) zum Bürgermeister von Lichtenberg. Mit der anschließenden Wahl der vier anderen Ratsmitglieder stand dann das neue Bezirksamt fest.

An der Wahl haben alle 55 BVV-Verordneten teilgenommen. Mit 27 Ja- zu 27 Nein-Stimmen (1 Enthaltung) fiel Herr Geisel allerdings im 1. Wahlgang durch. Im 2. Wahlgang erhielt er 28 Ja- zu 24 Nein-Stimmen (3 Enthaltungen). Der neue Bürgermeister dankte in einer sehr knapp gehaltenen Rede, ohne inhaltlich Neues zu verkünden. Er hatte es auch nicht für nötig erachtet, sich bei den Lichtenberger Wählern zu bedanken.

Stellvertretende Bürgermeisterin wurde Christina Emmrich, die im 2. Wahlgang (Reinholdkutsche) mit 27 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen gewählt wurde. Die weiteren Mitglieder des Bezirksamtes wurden wie folgt gewählt: Dr. Andreas Prüfer, DIE LINKE (28 Ja-, 20 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen), Kerstin Beurich, SPD (27/24/4), und Wilfried Nünthel, CDU (34/17/4).

Anja Ott, Bezirksverordnete

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Bürgerprojekte

Sieben Projekte tragen derzeit das Signet „Bürgerkommune“. In ihnen wirken Bürger als Familienpaten, Natur- und Hundefreunde, oder sie beeinflussen kommunale Politik und Verwaltungsdienstleistungen, so zum Beispiel im Kiezbeirat „Lebensnetz“ oder im Projekt Kommunale Seniorenbegegnungsstätten Lichtenberg.

Nachbarschaftsarbeit

2011 hat das Bezirksamt für das freiwillige Nachbarschaftsengagement 49 000 Euro für Sachmittel zur Verfügung stellen können. 8 100 Euro kamen Kitas und 7 452 Euro Jugendfreizeiteinrichtungen zugute.

Spielplatzreparatur

Reparaturen und laufende Unterhaltung der öffentlichen Spiel- und Bewegungsflächen kosteten im III. Quartal dieses Jahres 52 300 Euro. So musste die Kunststofffläche auf dem Bolzplatz am Nöldnerplatz komplett erneuert werden.

Gefragte Begegnungsstätten

25 906 Gäste in einem Vierteljahr – dies ist die Bilanz der Seniorenbegegnungsstätten in Lichtenberg allein zwischen Juli und September 2011. Mit 6 300 Besuchern steht die in der Einbecker Straße an der Spitze. Die Einrichtung Ruschestraße war mit 82 Prozent am stärksten ausgelastet.

Mietwohnungsbau

Neue Standorte für den Mietwohnungsbau kommunaler Wohnungsunternehmen auf landeseigenen Grundstücken fordert DIE LINKE in der BVV. Das würde langfristig mietpreisdämpfend wirken. Gedacht ist dabei u. a. an die Rummelsburger Bucht und das Rathausdreieck.

Beim Bezirksamt beschäftigt

... waren Ende des III. Quartals 2011 2 006 Mitarbeiter – 19 mehr als zu Jahresbeginn. Da im gleichen Zeitraum 30 Beschäftigte ausschieden, wurden insgesamt 49 Stellen besetzt, besonders im Sozialamt und in Schulsekretariaten.

Mission: Parteierneuerung

Am 26. November tagte der Landesparteitag. In der gut fünfstündigen Generaldebatte wurde eine äußerst kritische Bilanz der vergangenen Regierungsjahre gezogen. Klaus Lederer gestand in seiner wenig umjubelten Rede gravierende Fehler und Fehleinschätzungen in der rot-roten Koalition ein. DIE LINKE habe es nicht vermocht, einen ausstrahlungsfähigen Entwurf für eine linke Metropolenpolitik zu entwickeln. Stattdessen sei man allzu oft im Klein-Klein des Koalitionsalltages versackt.

Noch deutlicher wurden etliche Delegierte. Zwei Punkte standen besonders im Fokus: DIE LINKE muss wieder eine Mitmach-Partei werden, in der politische Konzepte gemeinsam entwickelt und Probleme gemeinsam gelöst werden. Durch die Bedingungen der Regierungsbeteiligung ist es an vielen Stellen zu einem Abbau von demokratischer Teilhabe der Mitglieder und zu Defiziten bei der innerparteilichen Streitkultur und Transparenz gekommen. Die Beteiligungsmöglichkeit der verschiedenen Gremien und Mitglieder wurde de facto begrenzt und die politische Führung in einem immer kleineren Kreis konzentriert. Parteibasis und Bezirksverbände wurden immer weniger einbezogen. Auch deshalb sind wir für jüngere Menschen, die sich engagieren wollen, nicht mehr attraktiv genug. Der Erfolg der Piratenpartei zeigt, dass Transparenz und flache Mitmach-Strukturen für eine moderne Partei unabdingbar sind.

Der zweite Punkt betrifft die zu geringe Profilierung gegenüber der SPD und die mangelnde Wahrnehmung der Alltagsprobleme. Das Thema Mietenanstieg macht dieses Defizit besonders deutlich. Wir haben es nicht geschafft, den nötigen Druck auf die SPD auszuüben, die das Problem viele Jahre gar nicht

Arbeit der Geschäftsstelle

Entsprechend tariflicher Vereinbarung und wegen Urlaub bleibt die Geschäftsstelle vom Donnerstag, dem 22. Dezember 2011, bis Freitag, den 6. Januar 2012, geschlossen. Bitte alle noch ausstehende Mitgliedsbeiträge bis zum Mittwoch, dem 21. Dezember 2011, abrechnen.

Vom 9. bis 13. Januar 2012 ist die Geschäftsstelle verkürzt geöffnet: Montag, Mittwoch und Freitag von 10–14 Uhr, Dienstag und Donnerstag von 13–17 Uhr.

Wolfgang Schmidt

ernst genommen hat. Deshalb haben uns viele Berliner nicht mehr geglaubt, durchsetzungsfähiger Anwalt ihrer Interessen zu sein.

Wir müssen aus den Fehlern lernen und uns als Partei in der Opposition erneuern. Erste Ansätze enthält der beschlossene Leitungsantrag des Landesvorstandes. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass er kein Papiertiger wird.

Janneh Magdo

Offensive Opposition

Viele Redebeiträge des 3. Landesparteitages resümierten, dass DIE LINKE in einer Koalition gesellschaftliche Unterstützung und Verbündete braucht. Leider ist uns die Verankerung unter stadtpolitischen Akteuren und in Bewegungen nur teilweise gelungen. Wir haben an Anziehungskraft und Präsenz in den jüngeren und mittleren Altersgruppen eingebüßt. Das war vor einigen Jahren noch anders.

Die Beiträge machten für mich deutlich, jetzt ist nicht die Zeit zum Zerfleischen. Das Agieren von Grünen und Piraten zeigt, dass es zumindest eine Oppositionskraft geben muss, die sich um Berlin kümmert. DIE LINKE muss mit Ideen, Vorschlägen und Projekten, die mobilisieren, die Führung in der Opposition übernehmen! Ein Delegierter legte die Zielmarken schon mal fest: DIE LINKE muss eine Mitgliederpartei, eine weiblichere Partei, eine jüngere Partei, eine offenerere und transparentere Partei werden. Und: wir müssen eine Ost-West-Partei werden. Viel Arbeit wartet auf uns. Fangen wir an!

Michael Grunst

Mutig gegen rechts!

Ende November habe ich eine anonyme Postkarte bekommen. Sie besteht aus Zeitungskopien und Ausschnitten, die von „tödlichen Kugeln“, „Mord“, „Totschlag“ u. ä. handeln. Auch andere Genossen haben derartige Postkarten erhalten.

Wir haben die Angelegenheit der Polizei gemeldet, die nun ermittelt. Ist es nur ein Spinner, der es auf Politiker der LINKEN abgesehen hat? Ich kann einen rechtsextremen Hintergrund nicht ausschließen. In meinem Wahlkreis, in dem ich mich gerade im Wahlkampf sehr stark antifaschistisch engagiert habe, wohnen bekanntermaßen einige Faschisten. Beim Plakatieren wurden meine Frau und ich verbal bedroht und auch gefilmt.

Eines ist klar: Wir LINKE lassen uns nicht einschüchtern – von niemanden. Wir werden weiter konsequent gegen jede Form von Rechtsextremismus, Faschismus und Rassismus vorgehen!

Sebastian Schlüsselburg

Veranstaltungen

- **Sonntag, 11.12., 10 Uhr ***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Über die ‚Theologie der Befreiung‘“, mit Prof. Heinrich Fink
- **Dienstag, 13.12., 19 Uhr ***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Sonnabend, 17.12.**
Regionalkonferenz der Bundestagsfraktion zur Euro-Krise; Kulturzentrum „Brunsviga“, Braunschweig, Karlstraße 35. Bitte anmelden unter veranstaltungen@linksfraktion.de.
- **Montag, 19.12., 18 Uhr**
Weihnachten auf abchasisch: „Die Küche der Langlebigen. Meine abchasischen Rezepte“, aus der Reihe „geDRUCKtes“, mit Dr. Gesine Löttsch, MdB, und der Autorin Violetta Rudat; Karl-Liebnecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28
- **Dienstag, 20.12., 19.30 Uhr**
„Wo kommt die Occupy-Bewegung her? Was sind ihre Ziele und wie sollen diese erreicht werden?“ Gesine Löttsch lädt zu einem Film- und Diskussionsabend zu diesem Thema ein. Der Filmemacher und Occupy-Aktivist Matthias Merkle war mit seiner Kamera in Madrid und Berlin dabei und steht neben Gesine Löttsch als Diskussionspartner zur Verfügung; Jugendclub „Die Linse“, Parkaue 25
- **Dienstag, 10.1.2012, 19 Uhr ***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Sonntag, 15.1., ab 9 Uhr**
Ehrung von Rosa und Karl; Gedenkstätte der Sozialisten, Friedrichsfelde. DIE LINKE. Lichtenberg trifft sich um 9 Uhr
- **Wochenende 21./22.1.**
Klausur der BVV-Fraktion
- **Mittwoch, 25.1, 18 Uhr**
Gesine Löttsch und Ursula Karusseit in der Reihe „geDRUCKtes“: „Wege übers Land und durch die Zeiten“; Karl-Liebnecht-Haus, Anmeldung erbeten unter 24 009 548 oder gedrucktes@die-linke.de

Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14

Das älteste Mitglied

Genosse Rudolf Schiffmann feierte am 4. Dezember seinen 102. Geburtstag. Er ist damit das älteste Mitglied unseres Bezirksverbandes. Der Bezirksvorstand und die Redaktion der „info links“ gratulieren sehr herzlich! Die Glückwünsche überbrachte Evrim Sommer.



S-Bahn auf falschem Gleis

DIE LINKE. Berlin ruft zur Unterstützung des S-Bahn-Volksbegehrens auf



Die große Koalition aus SPD und CDU hat ihren Koalitionsvertrag vorgelegt. In vielen Bereichen gibt diese Regierung die falschen Antworten.

Wie beim Wohnungsbau, bei der Wasserversorgung und beim Strom- und Fernwärmenetz wird auch für die Zukunft der S-Bahn eine Lösung propagiert, die vor allem die Profitinteressen von privaten Investoren im Blick hat. Alle Vereinbarungen und Aussagen der SPD-CDU-Koalitionäre laufen darauf hinaus, dass der S-Bahn-Betrieb in einzelnen Teilnetzen ausgeschrieben werden wird. Offiziell heißt es zwar noch, dass man die S-Bahn ihrer Mutter, der Deutschen Bahn AG, abkaufen möchte. Aber niemand hat bisher jemals gehört, dass die DB überhaupt verkaufsbereit

wäre. Und selbst wenn, wäre ein Kauf der S-Bahn, die durch den Abbau von Mitarbeitern und Wartungskapazitäten systematisch auf Verschleiß gefahren wurde, um die Abführungen an den Mutterkonzern zu erhöhen, ein riskantes Geschäft. Keiner weiß, was bei der S-Bahn noch im Argen liegt.

Gegen diese geplanten Teilnetzausschreibungen und die dadurch drohende (Teil-)Privatisierung des S-Bahn-Betriebs wendet sich der Berliner S-Bahn-Tisch – ein Bündnis, das u. a. von der Eisenbahngewerkschaft (EVG), von attac, von Fahrgastverbänden, von der Volkssolidarität und von der Berliner LINKEN unterstützt wird.

Der S-Bahn-Tisch hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Offenlegung des Verkehrsvertrages vorsieht und Anforderungen an den S-Bahn-Betrieb festschreibt: Mehr Personal auf die S-Bahnhöfe, eine garantierte Anzahl von eingesetzten Zügen und Wagen, verbesserte Barrierefreiheit und – ganz zentral – die Vorgabe, dass Sozialstandards und Löhne der Beschäftigten zu Tarifbedingungen festgelegt werden.

Dies alles ist in einem Gesetzentwurf aufgeführt, den der S-Bahn-Tisch als Volksbegehren eingebracht hat. Seit dem Sommer werden nun dafür Unterstützungsunterschriften gesammelt. Ende November haben bereits über 16 000 Berlinerinnen und Berliner das Volksbegehren unterschrieben – es sollte also gelingen, die erforderlichen 20 000 Unter-

schriften bis Mitte Dezember zu erreichen. Dann kann die zweite Phase des Volksbegehrens beginnen: rund 170 000 Unterschriften sind dann notwendig, um einen Volksentscheid herbeizuführen!

DIE LINKE in Berlin unterstützt das Volksbegehren, weil die Berliner endlich wieder ein verlässliches S-Bahn-Angebot brauchen, weil (Teil-)Ausschreibungen und (Teil-)Privatisierungen der falsche Weg sind und weil die Berliner S-Bahn nicht zerschlagen werden darf. Wesentliche Ursache für das katastrophale Bild der S-Bahn war die Gewinnvorgabe der Deutschen Bahn, die sich weiterhin für einen Börsengang aufhübschen will. Der Einstieg von privaten S-Bahn-Betreibern würde diesen auf Profit- statt Gemeinwohlinteressen setzenden Zustand noch verschlimmern – zum Nachteil der Fahrgäste und Beschäftigten.

Malte Krückels (Er vertritt den Landesvorstand der Berliner LINKEN beim S-Bahn-Tisch.)

- Die Unterschriftenlisten müssen bis zum **15. Dezember** in einer Sammelstelle abgegeben sein – Sammelstellen sind auch alle Geschäftsstellen der Berliner LINKEN. Aktuelle Informationen, Unterschriftenlisten zum Ausdrucken und eine Auflistung der Sammelstellen finden sich auf der Webseite des S-Bahn-Tisches (www.s-bahn-tisch.de).

Bürgersprechstunden

- **Evrin Sommer (Wahlkreis 1):**
☎ 23 25 25 59, Mittwoch, 14.12., 16 Uhr, Kiezklub Falkenbogen, Grevesmühlener Straße 24
- **Wolfgang Albers (Wahlkreis 2):**
☎ 23 25 25 51, Donnerstag, 15.12., 18 Uhr, Kieztreff „Lebensnetz“, Anna-Ebermann-Straße 26, Raum 618
- **Marion Platta (Wahlkreis 3):**
☎ 23 25 25 51, nach Vereinbarung
- **Sebastian Schlüsselburg (Wahlkreis 4):** ☎ 0170-451 13 86, Montag, 23.1., 18 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38, oder nach Vereinbarung.
- **Katrin Lompscher (Wahlkreis 5):**
☎ 23 25 25 08, Sprechstunden nach Vereinbarung
- **Harald Wolf (Wahlkreis 6):**
☎ 23 25 25 07, Sprechstunden nach Vereinbarung

Wir kommen auch gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete

Dr. Gesine Löttsch ist erreichbar über

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787; E-Mail: gesine.loetzsch@wk.bundestag.de

- **Sprechstunde:** im Januar nach Vereinbarung

Ihr wöchentlicher Newsletter kann bestellt werden auf www.gesine-loetzsch.de.

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!



„Unser Amerika“ und DIE LINKE

Von Jörg Rückmann (www.cuba-si.org)

Lateinamerika verstört die neoliberale Welt. Seit dem Wahlsieg von Hugo Chávez 1998 in Venezuela spricht man von einem „Linksruck“ in dieser Region – aber es ist mehr als das: Die politischen Entwicklungen in Lateinamerika haben etwas von dem, was José Martí 1891 als „Unser Amerika“ (Nuestra América) bezeichnete. Er rief die Völker Lateinamerikas auf, sich der eigenen Kultur zu besinnen, gemeinsam für ihre Interessen zu kämpfen und Streitigkeiten untereinander beizulegen.

Anfang Dezember 2011 schaute die Welt nach Caracas zum Gründungskongress der „Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten“ (CELAC). Der CELAC – formell Nachfolgerin der Rio-Gruppe – gehören 33 Staaten mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung an. Kuba ist gleichberechtigtes Mitglied. Die CELAC ist ein lateinamerikanisches Bündnis ohne die USA und Kanada, das sich die regionale Kooperation und Integration sowie die Solidarität auf seine Fahnen geschrieben hat.

Schon seit 1998 beschreiten mehrere lateinamerikanische Länder neue politische Wege, um der neoliberalen Umklammerung und den Schocktherapien von IWF und Weltbank zu entkommen. Gleichzeitig wollen diese Länder ihre gemeinsamen Interessen gegenüber dem reichen Norden vertreten. Im Dezember 2004 unterzeichneten Venezuela und Kuba eine Erklärung zur Gründung der „Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerika“ (ALBA). ALBA stellt einen Gegenentwurf zur Idee der gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA dar und basiert auf den Prinzipien der Zusammenarbeit und Solidarität. Neben Kuba und Venezuela gehören heute Bolivien, Nicaragua und Ecuador, Dominica, Antigua und Barbuda sowie San Vicente und die Grenadinen diesem Bündnis an.

Im Oktober 2009 beschlossen die ALBA-Länder den Aufbau einer neuen regionalen Finanzarchitektur – das „Einheitliche System für den regionalen Zahlungsaustausch (SUCRE). Der SUCRE soll neben den ALBA-Mitgliedern allen Ländern Lateinamerikas und der Karibik offen stehen. Er fungiert derzeit als Verrechnungswährung und soll – ähnlich wie beim Euro – später als Bargeld ausgegeben werden. Mit dem SUCRE soll der Außenhandel der Länder Lateinamerikas vom US-Dollar abgekoppelt und die Region vor globalen Fi-

nanzschocks bewahrt werden. Er soll helfen, Devisen einzusparen und lokale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres haben Kuba, Venezuela und Ecuador bereits Waren im Wert von rund 144 Mio. US-Dollar über den SUCRE gehandelt.

Mehrere Länder der Region haben sich aus dem IWF verabschiedet. Venezuela nimmt seit 2000 keine Kredite mehr bei der Weltbank auf und trat 2007 aus IWF und Weltbank aus. Brasilien verzichtet seit 2004 auf IWF-Kredite, Argentinien und Uruguay seit 2005, Bolivien, Ecuador und Peru seit 2006.

Die Präsidenten Venezuelas und Argentiniens verständigten sich 2006 auf die Gründung einer Entwicklungsbank, der „Bank des Südens“ (Banco del Sur). 2007 wurden Ecuador und Brasilien Mitglied, später auch Bolivien, Paraguay und Uruguay. Unabhängig von seiner Größe und seiner Geldeinlage wird jedes Land das gleiche Stimmrecht haben, und es besteht ein Konsensprinzip für Geschäftsentscheidungen. Die „Bank des Südens“ wird noch in diesem Jahr ihre Arbeit aufnehmen.

Mehrere Länder Lateinamerikas haben große Industrien vergesellschaftet oder mit ausländischen Konzernen neue Verträge ausgehandelt. Die Einnahmen z. B. aus dem Abbau von Rohstoffen bleiben nun zum großen Teil im Land und können für Infrastrukturprojekte und Sozialprogramme verwendet werden.

Eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit existiert auch im Rahmen des PETROCARIBE-Abkommens von 2005. Venezuela liefert 15 Staaten der Region Erdöl zu Vorzugspreisen. Ein weiteres Beispiel für die lateinamerikanische Integration ist die Gründung der „Union Südamerikanischer Nationen“ (UNASUR) im Jahr 2008. UNASUR spielte eine wichtige Rolle bei der Beilegung des Konflikts zwischen Venezuela und Kolumbien im Juli 2010.

Lateinamerika entwickelt ein neues Selbstbewusstsein. Es tritt als souveräner Handelspartner auf, schafft neuartige Wirtschaftsoperationen und wird von den aufstrebenden Industriestaaten wegen seines Rohstoffreichtums regelrecht umworben. Die Linksentwicklungen in Lateinamerika tragen dazu bei, das ökonomische System der Welt neu zu justieren. Halten Europa und die USA an ihren „Freihandels“-Ideen fest, könnte dies zu einem ökonomischen Nachteil für sie werden.

„Lateinamerika ist derzeit die Region der Erde“, schreibt Ignacio Ramonet (Le Monde diplomatique), „in der die meisten Erfahrungen linker Politik gesammelt werden. Wenn wir den sozialen Fortschritt in anderen Teilen der Erde voranbringen wollen, müssen wir uns über dieses Geschehen informieren“.

Zu diesem Geschehen gehört ein wichtiger Fakt: Die lateinamerikanische Integration, so wie wir sie gegenwärtig erleben, wäre nicht denkbar ohne Kuba. Der Inselstaat symbolisiert für die Länder der Region – aber auch für alle Länder des globalen Südens – die erfolgreiche Verteidigung des Rechtes der Völker, ihren Entwicklungsweg selbst zu bestimmen. Dieser Zusammenhang wird von einigen LINKEN gelegentlich übersehen.

Seit der Revolution im Jahr 1959 stellt Kuba seine Souveränität, die soziale Entwicklung und die Nutzung der natürlichen Reichtümer des Landes in den Mittelpunkt seiner Politik. Heute gestalten mehrere Länder Lateinamerikas in diesem Sinne tiefgehende Transformationsprozesse und schließen sich zusammen. Und sie geraten – so wie Kuba seit über 50 Jahren – ins Fadenkreuz des Westens. Erinnerung sei hier an den Putsch in Venezuela (2002), die Aktionen gegen die Einheit Boliviens (2008), die Putsche in Honduras (2009) und Ecuador (2010). Gegenwärtig müssen wir einen militärischen Aufmarsch um Kuba und die ALBA-Staaten beobachten: Im Juli 2008 reaktivierten die USA ihre 4. Flotte für Mittel- und Südamerika sowie für die Karibik. 2009 begannen sie, sieben Militärstützpunkte in Kolumbien auszubauen. Die Niederlande erlauben den USA, ihre Militärbasen auf Aruba und Curaçao zu nutzen. Seit dem Erdbeben in Haiti 2010 befinden sich 20 000 US-Soldaten in dem zerstörten Land, und Costa Rica gestattet den USA die Stationierung von 7 000 Soldaten, die über U-Boote, Flugzeuge und Kriegsschiffe verfügen.

DIE LINKE beschreibt sich in ihrem neuen Programm als „internationalistische Friedenspartei“ und strebt „eine solidarische Weltwirtschaftsordnung“ an, „die nachhaltige Entwicklungsperspektiven für die ärmeren Länder schafft, globale und soziale, ökologische und demokratische Rechte durchsetzt, statt die Konkurrenz um Anteile an weltweiten Exportmärkten voranzutreiben.“

Lateinamerika bricht mehr und mehr mit dem neoliberalen Wirtschaftssystem; CELAC, UNASUR und ALBA demonstrieren, wie eine friedliche, gleichberechtigte und solidarische Zusammenarbeit auf unserem Planeten funktionieren kann. Für die Mitglieder der LINKEN bedeutet das: Solidarität mit dem Linksprozess in Lateinamerika, Solidarität mit Kuba – Solidarität mit „Unserem Amerika“!

● Die AG Cuba Sí unterstützt Kuba:

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí, Nummer: 13 2222 10, Berliner Sparkasse, BLZ: 100 500 00, VWZ: „Kuba muss überleben“



Die Galerie „after the butcher“

In der Lichtenberger Victoriastadt, von vielen auch weniger präventiv Kaskelkiez genannt, findet sich wohl die größte Künstler- und Atelierdichte des Bezirks. Die Blo-Ateliers – ein Areal mit zahlreichen Werkstätten und Ateliers, die manchmal avantgardistische Okazi Gallery oder auch die wunderbare Galerie in der Victoriastadt mit Textilkunst wirken mit ihren Ausstellungen und Angeboten weit über den Kiez hinaus.

In der Spittastraße 25 ist ein Projektraum von Künstlern für Künstler unter dem Namen „after the butcher“ entstanden. Der Name knüpft an die Geschichte des Hauses an. Zwischen 1870 und 1875 als eines der ersten Betonhäuser Europas errichtet, finden sich dort heute nur noch sechs dieser Bauten, die aufgrund ihrer ungewöhnlichen Bauweise unter Denkmalschutz stehen. In den 60er Jahren entstand eine Fleischerei mit einem Ladengeschäft, in der noch bis etwa 1990 15 Angestellte wöchentlich bis zu 20 Tonnen Fleisch-

und Wurstwaren für die Kantinen diverser Volkseigener Betriebe herstellten.

Nach jahrelangem Leerstand und Verfall sanierten Franziska Böhmer und Thomas Kilpper, der seit vier Jahren auch dem Lichtenberger Kulturbeirat angehört, das Haus und betreiben seitdem dort, wo früher Fleisch und Wurst ihre Kunden fanden, einen Ausstellungsraum für zeitgenössische Kunst und soziale Fragen.

Regelmäßig laden sie Künstler zu einer Ausstellung ein, mit der Bitte, ein Projekt für diesen Raum zu entwickeln. Programm des Ausstellungsraums ist es, vor allem jungen oder weniger bekannten Künstlern eine Plattform zu bieten. Besuchen kann man die Ausstellung vor allem zu Vernissagen und Veranstaltungen, ansonsten nach telefonischer Voranmeldung. *Katrin Framke*

- **after the butcher**, Spittastraße 25, Tel: 49 30 16 90, www.after-the-butcher.de

An Obdachlose denken

Bei den sinkenden Temperaturen denken wir jetzt immer häufiger an die Menschen, die auf der Straße leben. Aus diesem Grund möchte Gesine Löttsch der Kleiderkammer der Obdachlosentagesstätte von MUT e. V. Sachspenden übergeben. Benötigt werden vor allem Mäntel, Strümpfe, lange Unterhosen, aber auch Schuhe, Mützen, Handschuhe und Schals.

Bis Mitte Dezember soll die Sammlung abgeschlossen sein. Sammelpunkte sind das Bürgerbüro in der Ahrenshooper Straße 5 und die Geschäftsstelle der LINKEN, Alfred-Kowalke-Straße 14. Gern holen wir die Sachspenden auch bei Ihnen ab. In diesem Falle bitte melden bei Katrin Petermann unter Telefon: 99 27 07 25. *Katrin Petermann*

Tierparkfreundliche LINKE

300 Euro hatten Mitglieder der BVV-Fraktion der LINKEN in diesem Jahr in die Stiftung der Freunde des Hauptstadttzoos eingezahlt. Jetzt kamen noch einmal 270 Euro dazu, die auf Veranstaltungen der Partei für den Tierpark gesammelt wurden. „info links“ hat darüber hinaus in allen Ausgaben der „info links“ für den Tierpark geworben. *M. W.*

Wieder Wahlkreisdepesche

Evrin Sommer und Dr. Wolfgang Albers werden die Wahlkreisdepesche von Peter-Rudolf Zotl weiterzuführen. Der Kreis der Bezieher soll sich auch um Vereine und Initiativen erweitern. Die Weiterleitung der Wahlkreisdepesche ist nicht nur gestattet, sondern ausdrücklich erwünscht. Interessenten schreiben eine Mail an peter-rudolf@zotl.de. *M. W.*

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 9/11: 1.12.2011

Die nächste Ausgabe erscheint am 2.2.2012

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 24.1.2012

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Sonntag, 11.12., 15 – 18 Uhr**
Jazz im Advent: Jo's Bigband, Fürstenwalde, Swing-Klassiker von Glenn Miller bis Duke Ellington, sowie der Erich-Friedrich-Chor, Berlin, vorweihnachtlich besinnlich; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36, Karten 15 €, incl. 1 Kaffeegedeck
- **Dienstag, 13.12., 19 Uhr**
Talk im Ratskeller: „Der Stern von Bethlehem. Legende oder Wirklichkeit?“, Gast: Prof. Dieter B. Herrmann; Ratskeller, Möllendorffstraße 6, Eintritt: 2/1 €
- **Mittwoch, 14.12., 10.30 und 15 Uhr**
„Der Zauberer der Smaragdenstadt“, Musical nach dem Märchen von A. M. Wolkow; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
- **Mittwoch 14.12., 19 Uhr**
Das Zimmertheater Karlshorst zu Gast im Bürgerschloss: „Das etwas andere Weihnachtsprogramm“; Hauptstraße 44, Eintritt 7,50/5 €
- **Freitag, 16.12., 18 Uhr**
Ein Abend für die Feuerzangenbowle; Schloss Friedrichsfelde, Am Tierpark 125, Eintritt: 22 €, inkl. Feuerzangenbowle
- **Sonnabend, 17.12., 16 Uhr**
Weihnachtskonzert des Clara-Schumann-Kinder- und Jugendchors und des Jugendorchesters; Erlöserkirche, Nöldnerstraße
- **Dienstag, 10.1.2012, 19 Uhr**
Vortrag „Zur Geschichte der Veröffentlichung der sowjetisch-deutschen Geheimdokumente 1939 – 1941“, mit Prof. Boris Khavkin; Deutsch-Russisches Museum, Berlin-Karlshorst, Zwieseler Straße 4
- **Mittwoch 11.1., 18 Uhr**
Geschichtswerkstatt im Bürgerschloss: „Ein Spaziergang durch das alte Lichtenberg – auf den Spuren der preußischen Reformer“, Vortrag von Dr. Knut Käpernick, Eintritt 3/2 €
- **Mittwoch, 11.1., 19 Uhr**
Vernissage: „Längsschnitt – Querschnitt“, Malerei, Druckgrafik, Zeichnungen von Martin Gietz; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 100, noch bis 15.2.
- **Sonntag, 15.1., 16 Uhr**
„Radau!“, Theaterstück nach einem Hörspiel von Walter Benjamin; Theater an der Parkaue, Parkaue 29
- **Sonnabend, 28.1., 18 Uhr**
Musicalisches Opfer von J. S. Bach (BWV 1079): Dreistimmige Fuge über ein Thema Friedrichs II., Ensemble „Leipziger Concert“; Schloss Friedrichsfelde, Am Tierpark 125, Eintritt: 22 €, inkl. Begrüßungssekt